



Antrag

der Fraktion der F.D.P.

Soziale Absicherung von Bundeswehrsoldaten bei Auslandseinsätzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag äußert sein Befremden über die Erklärung des Bundesverteidigungsministers, Soldaten seien bei Auslandseinsätzen medizinisch und sozial nur unzureichend abgesichert und die Bundeswehr rate ihren Soldaten daher, vor solchen dienstlichen Einsätzen eine private Unfallversicherung abzuschließen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wendet sich daher an die Bundesregierung mit dem Appell,

- im Deutschen Bundestag umgehend einen Entwurf zu einer verbesserten gesetzlichen Regelung (Änderung des Soldatengesetzes) vorzulegen;
- unverzüglich ihre Bereitschaft zu erklären, bis zum Inkrafttreten befriedigender gesetzlicher Regelungen die Kosten privater Versicherungen für Bundeswehrangehörige im Auslandseinsatz zu übernehmen.

Dr. Ekkehard Klug
und Fraktion